

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Parlamentsrechte im Rahmen zukünftiger europäischer Stabilisierungsmaßnahmen sichern und stärken

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Staats- und Regierungschefs der Eurozone haben in den vergangenen Monaten verschiedene Maßnahmen beschlossen, die sowohl zu einer Erweiterung der effektiven Ausleihkapazität der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) führen als auch ihre Befugnisse – etwa mit der Möglichkeit von Käufen am Sekundärmarkt – erheblich erweitern sollen.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass insbesondere mit der Ausweitung der Befugnisse der EFSF eine Verstärkung der parlamentarischen Mitwirkungs- und Kontrollrechte einhergehen muss. Dabei gilt es, einen Mittelweg zu finden, der einerseits die Handlungsfähigkeit der EFSF im operativen Geschäft gewährleistet, andererseits aber eine umfassende Beteiligung des Deutschen Bundestages bei allen wesentlichen, insbesondere haushaltsrelevanten Fragen sicherstellt.

Auch mit Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 7. September 2011 müssen im Rahmen der Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus an der Bedeutung der jeweiligen Entscheidung orientierte, abgestufte Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages vorgesehen werden.

II. Der Deutsche Bundestag bekräftigt,

im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus folgende Leitlinien hinsichtlich der Beteiligungsrechte des Parlaments umzusetzen:

1. Vorherige Zustimmung des Deutschen Bundestages zu Entscheidungen im Rahmen der EFSF, die zu einer Übernahme oder Veränderung von Gewährleistungen im Rahmen des StabMechG führen

Kerninstrument der EFSF sind Notmaßnahmen (sogenannte Financial Assistance Facility Agreements), in deren Rahmen Hilfskredite, aber auch vorsorgliche Maßnahmen, die Rekapitalisierung von Finanzinstituten, sowie Anleihekäufe am Primär- und Sekundärmarkt vereinbart werden können. Beantragt ein Euromitgliedstaat ein solches Hilfsprogramm oder sollen andere Entscheidungen, die finanzielle Folgen für den Bundeshaushalt haben können, getroffen werden, muss der deutsche Vertreter in den relevanten Gremien bei fehlender

vorheriger Zustimmung des Deutschen Bundestages mit „Nein“ stimmen. Das Gleiche gilt für Entscheidungen über die Ausweitung des Gewährleistungsrahmens oder sonstige Veränderungen der Hilfsinstrumente sowie den Übergang der EFSF in den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

In Fällen besonderer Eilbedürftigkeit oder Vertraulichkeit wird eine Regelung vorgesehen, die eine Beteiligung des Deutschen Bundestages gewährleistet.

Dem Deutschen Bundestag bleibt unbenommen, jederzeit die Bundesregierung durch Beschluss dazu zu veranlassen, die Auszahlung zukünftiger Tranchen neu zu bewerten.

2. Billigung der operativen Richtlinien der EFSF durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages

Die im Rahmenvertrag der EFSF vorgesehenen Leitlinien (guidelines) für die konkrete operative Ausgestaltung der Anwendung der neuen Instrumente (vorsorgliches Kreditprogramm, Rekapitalisierung von Finanzinstituten, Anleihekäufe am Primär- und Sekundärmarkt) sind vom Haushaltsausschuss zu billigen, bevor der deutsche Vertreter im Gremium der EFSF diesen zustimmen kann. Anderenfalls müsste er mit Nein stimmen. Der Entwurf der Leitlinien ist dem Haushaltsausschuss unverzüglich zuzuleiten, sobald dieser der Bundesregierung vorliegt.

3. Zustimmung des Haushaltsausschusses zu Änderungen an den Bedingungen für laufende Programme

Werden die Bedingungen für bereits genehmigte Notmaßnahmen nachträglich angepasst bzw. geändert, bleibt aber der genehmigte Gewährleistungsrahmen für das jeweilige Programm unverändert, ist die Zustimmung des Haushaltsausschusses erforderlich. Dies betrifft z. B. Änderungen an der Laufzeit bzw. an der Zinshöhe für bestehende Hilfskredite, aber auch Anpassungen bei den möglichen Instrumenten einer Notmaßnahme. Fehlt eine solche Zustimmung des Haushaltsausschusses, so muss der deutsche Vertreter im jeweiligen Gremium mit „Nein“ stimmen.

4. Zeitnahe und umfassende Information des Haushaltsausschusses zu allen operativen Entscheidungen der EFSF im Rahmen des jeweiligen Gewährleistungsrahmens

Der Haushaltsausschuss ist zeitnah und umfassend über die übernommenen Gewährleistungen und ihre ordnungsgemäße Verwendung im Rahmen aller Hilfsmaßnahmen der EFSF zu informieren, z. B., wenn einzelne Tranchen eines Kreditpakets ausgezahlt werden.

5. Befassungsrecht des Plenums

Dem Plenum des Deutschen Bundestages bleibt es unbenommen, die Befugnisse des Haushaltsausschusses aus den Nummern 1 bis 4 an sich zu ziehen und durch einfachen Beschluss auszuüben, solange der Haushaltsausschuss noch nicht entschieden hat.

Berlin, den 7. September 2011

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Rainer Brüderle und Fraktion